

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

2.7.1931 (No. 151)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verwaltung:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 253
und 254
Postfach Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
L. B.
G. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen kurzfristiger Rabatte, der als Rabattabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Beilagenhandelsregister für Baden, Badischer Beilagenanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksbildungsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Noch kein Ergebnis in Paris

Ernste Mahnung an Frankreich

W.B. Washington, 2. Juli. (Tel.) Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Frankreich ernsthaft darauf hingewiesen, daß ein Scheitern des Hoover-Plans unzweifelhaft eine deutsche Moratoriumserklärung zur Folge haben würde.

Ein Kompromißprojekt der britischen Regierung?

W.B. London, 2. Juli. (Tel.) Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet, die britische Regierung habe einen Schritt in Paris unternommen, um ein Übereinkommen zu erleichtern. Der Vorschlag solle das Depot Frankreichs bei der W.B. im Falle eines Moratoriums nach Ablauf des Hoover-Jahres betreffen. Den Informationen des Korrespondenten zufolge, soll die englische Regierung bereit sein, einzuwilligen, daß Frankreich ganz oder teilweise dieser Verpflichtung entbunden werde, unter der Bedingung, daß die französische Regierung den Vorschlag des Präsidenten Hoover in den übrigen Punkten annehme. Das würde — so meint der Korrespondent — bedeuten, daß Frankreich zustimme, daß die bei der W.B. hinterlegten Beträge ausschließlich zugunsten Deutschlands verwendet werden und die Rückzahlung innerhalb von 25 Jahren annehme. „Manchester Guardian“ stellt fest, daß offiziell in London nichts zugegeben wird, meint aber, es bestehe guter Grund für die Annahme, daß England tatsächlich in Paris, und zwar in seiner Eigenschaft als Unterzeichner des Youngplans, interveniert habe.

Eine amerikanische Denkschrift

Das Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht am Mittwoch gleichzeitig mit Paris ein Memorandum, das der amerikanischen Weltöffentlichkeit in Paris geteilt und von Mellon am gleichen Tag dem französischen Ministerpräsidenten übergeben wurde. In diesem Memorandum wird der Standpunkt Amerikas schriftlich fixiert.

Unterstaatssekretär Caffie bemerkte hierzu, diese Veröffentlichung bedeute keinen Abschluß der Diskussion, sondern habe lediglich den Zweck, die amerikanische Lage ganz klar herauszuarbeiten in der Hoffnung, daß Frankreich daraus ersehe, daß Amerika in gewissen Punkten nachgeben werde, in anderen aber nicht nachgeben könne. Caffie setzte hinzu, die französische Regierung habe das Memorandum durchaus freundlich aufgenommen und eine weitere Konferenz zwischen Mellon und Lavalle sei für Donnerstag abends anberaumt. Bezüglich der von Frankreich geforderten Konzession in der Frage des Garantiefonds wies Caffie darauf hin, daß, falls Frankreich verlange, Deutschland solle als eine Bedingung der Durchführung des Hoover-Plans sich verpflichten, im Falle eines Moratoriums den jetzt geplanten Kreditplus den unaufschubbaren Teil zu zahlen, dies für Amerika unannehmbar sei. Der Geist des Hoover-Plans lasse eine derartige Doppelbelastung nicht zu, selbst wenn man die bestimmte Hoffnung habe, daß Deutschland kein Moratorium brauche.

Caffie bestätigte, daß gegenwärtig andere Pläne für den Fall des Scheiterns der Pariser Verhandlungen erwogen würden. Diese seien aber noch nicht spruchreif und auch noch keiner anderen Regierung unterbreitet worden.

W.B. Paris, 2. Juli. (Tel.) Die amerikanische Denkschrift wird von fast allen Blättern eingehend behandelt. Der allgemeine Eindruck, den die Morgenpresse widerspiegelt, ist der, daß durch die Veröffentlichung der Denkschrift der Diskussion jetzt eine größere Grundlage gegeben worden sei. „Matin“ ist der Ansicht, daß eigentlich nur noch ein einziges schweres Hindernis für die Regelung der Angelegenheit bestehe, nämlich die Frage des Garantiefonds. Der heutige Ministerrat werde aber verschiedene Anregungen erörtern, darunter eine englische. Im übrigen hebt der „Matin“ hervor, daß das amerikanische Dokument beweise, wie energisch Frankreich seine Position verteidige und wie sehr die Amerikaner Wert darauf legen, Frankreichs Stellungnahme zu verteidigen.

„Debut“ schreibt: Wenn auch vielleicht gesagt wird, es sei kein Fortschritt in den amerikanisch-französischen Verhandlungen festzustellen, so muß dennoch hervorgehoben werden, daß trotz der Washingtoner Methoden und des entmutigenden deutschen Widerstandes wegen der schweren Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen eine Verständigung glaubhaft erscheint. „Journal“ erklärt, Hoovers Schritt sei eine gegen den Youngplan gerichtete „Torpedierung“. „Echo de Paris“ beschwert sich über den Ton, den Hoover gegenüber Frankreich anschlägt.

Neuer Schießverbot für die preussische Polizei. Der preussische Innenminister wird in den nächsten Tagen einen neuen Erlass über das Schießrecht der Polizei herausgeben. Eine Zurückhaltung im Gebrauch der Schusswaffe ist nicht angebracht bei Angriffen auf Leib und Leben der Beamten, bei Angriff auf die unter dem Schutz der Beamten stehenden Personen und bei Angriffen gegen den Staat. Wenn beispielsweise die Beamten in Zukunft bei ihrem Vorgehen mit Steinen beworfen oder gar mit der Schusswaffe empfangen werden, dann ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, sich mit der Waffe ihrer Haut zu wehren.

Die Sicherung des Massenverkehrs auf deutschen Schiffen. Der Reichsverkehrsminister hat den Unglücksfall des „St. Pöltern“ zum Anlaß genommen, nachzuprüfen, ob die deutschen Schiffsbesitzer zur Sicherung des Massenverkehrs auf Schiffen genügen. — Wenn auch die bestehenden Vorschriften ausreichen, so hat der Minister, um die Durchführung der Bestimmungen zu gewährleisten, die Landesregierungen aufgefordert, die Befolgung dieser Vorschriften nachzuprüfen. Schiffe dürfen nicht mehr Personen an Bord nehmen als zugelassen.

Letzte Nachrichten

Verwaltungsrat der Reichsbahn Das Beschäftigungsprogramm — Die Finanzlage

W.B. Berlin, 2. Juli. (Tel.) Am 30. Juni und 1. Juli 1931 fand in Berlin die regelmäßige Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt. Der Generaldirektor wurde ermächtigt, die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bedingte Kürzung der Gehälter der Reichsbahnbeamten nach den für die Reichsbeamten maßgebenden Grundsätzen durchzuführen. Mit der Reichsregierung ist vereinbart worden, daß die dadurch im laufenden Jahre eingesparten Mittel in Höhe von rund 40 Millionen Reichsmark zusammen mit 60 Millionen Reichsmark aus dem Krisenfond der Reichsregierung voll zur Entlastung des Arbeitsmarktes Verwendung finden.

Durch zusätzliche Erneuerungsarbeiten sollen in den kommenden Monaten 50 000 Arbeiter Beschäftigung finden, wobei auch Privatunternehmer herangezogen werden. Über die Ausdehnung dieses 100 Millionen Reichsmark umfassenden Arbeitsprogramms auf das in der Notverordnung vorgesehene 200-Millionen-Reichsmark-Programm schweben noch Verhandlungen.

Die Finanzlage der Reichsbahn bleibt also trotz der Gehaltskürzung nach wie vor ernst. Gegenüber dem Jahre 1929 mit 54 Milliarden Reichsmark Betriebseinnahmen können die Jahreseinnahmen für das Jahr 1931 nach den bisherigen Ergebnissen nur auf 40 Milliarden Reichsmark geschätzt werden, ein Rückgang um etwa 1400 Millionen Reichsmark, d. h. 26 Proz. Dabei ist vorausgesetzt, daß eine weitere Beeinträchtigung des gegenwärtigen Verkehrsbestandes der Reichsbahn infolge Abwanderung zum Kraftwagen verhindert wird. Die Betriebsausgaben sind auf allen Gebieten ausfüllte gedrosselt, jedoch konnte auf diesem Wege der Ausgleich der Mindereinnahmen auch nicht annähernd herbeigeführt werden.

Der Verwaltungsrat mußte feststellen, daß selbst bei voller Entlastung der Reichsbahn von der Reparationssteuer die Sorge um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes von Einnahmen und Ausgaben keineswegs behoben ist. Auf jeden Fall muß sich die Reichsbahn-Gesellschaft in der Auftragserteilung für Beschäftigungen und bei Anträgen auf Tarifermäßigung die größte Zurückhaltung auferlegen.

An Stelle des Leiters der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Gruppenverwaltung Bayern, Frankfurt, der wegen seines vorgerückten Alters zurücktritt, wurde Reichsbahndirektor Köhr von der Gruppenverwaltung Bayern ernannt.

Die Münchener Universitätskrawalle

W.B. München, 2. Juli. (Tel.) Der Staatsminister für Unterricht und Kultus hat gestern Abend dem Rektor der Universität München empfangen, um einen eingehenden Bericht über die Vorfälle an der Universität und die inzwischen vom Senat darüber gefassten Entschlüsse entgegenzunehmen. Die noch im Gange befindliche Untersuchung der Vorgänge durch einen besonderen Ausschuss des Senats soll mit möglichst beschleunigter Wirkung zum Abschluß gebracht werden. Der Kultusminister hat gebittet, daß das Hauptgebäude der Universität bis Ende dieser Woche geschlossen bleibt.

In 8 Tagen, 6 Stunden um die Welt

Die amerikanische Weltflieger am Ziel
W.B. New York, 2. Juli. (Tel.) Die Weltflieger Post und Gatty sind um 8.47 Uhr abends nach einer Zwischenlandung in Cleveland in New York gelandet. Die Flieger haben somit für ihren Weltflug über eine Länge von 16 000 Meilen 8 Tage, 6 Stunden und 51 Minuten gebraucht, von denen sie in der Luft 4 Tage, 5 Stunden und 6 Minuten verbrachten.

Kürten hingerichtet

W.B. Köln, 2. Juli. (Tel.) Nachdem das Gnaden-gesuch des Düsseldorfener Maschinenbauers Peter Kürten gestern mittag vom preussischen Staatsministerium abgelehnt worden war, wurde aus Gründen der Menschlichkeit die unverzügliche Hinrichtung des neunmal zum Tode Verurteilten angeordnet. Die Hinrichtung fand im Kölner Gefängnis am Klingelweg heute früh 6 Uhr statt. Kürten wachte bei der Überführung von Düsseldorf noch nicht, daß sein Gnadengesuch verworfen war. Gestern um 17 Uhr teilte der Oberstaatsanwalt ihm mit, daß die Strafe am folgenden Morgen vollstreckt werden würde. Kürten nahm die Mitteilung kühl entgegen. Drei Gefährliche verbrachten die Nacht auf seinen Wunsch mit Kürten, der an die Angehörigen aller seiner Opfer Briefe schrieb, in denen er die tiefste Reue über seine Taten zum Ausdruck brachte und um Vergebung bat. Gegen Morgen beichtete und kommunizierte Kürten. Ruhig und gefasst ging er am Morgen in den Tod durch die Guillotine, die noch aus der französischen Revolutionszeit stammt. Die Hinrichtung fand in Gegenwart der Richter und des Oberstaatsanwalts sowie von 12 unbefohlenen Bürgern der Stadt Köln statt.

Das Uniformverbot für Bayern bleibt. Das Plenum des Bayerischen Landtags hat am Mittwoch einen nationalsozialistischen Antrag wegen Aufhebung des Verbots von Umzügen in Uniformen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten abgelehnt. Die Polizeidirektion München hat das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen von politischen Vereinen und Vereinigungen verboten.

Zum Ausscheiden

Dr. Kemmeles

Mit Dr. Kemmeles ist ein vielbekämpfter Mann aus der badischen Landesregierung ausgeschieden, dessen ernsthafte politische Gegner freilich von vornherein stets eines immer wieder anerkannt haben: seine Arbeitskraft und seine persönliche Integrität. Kemmeles hat ein Recht auf objektive Würdigung seiner reichen und umfassenden Tätigkeit für das badische Land. Seine Verdienste in Jahren rastloser Arbeit, die ihm ja so viele und ungerechtfertigte Anfechtungen gebracht hat, gehen weit über den Rahmen eines Parteimanns hinaus, und es ist ein bedeutungsvoller Abschnitt badischer Geschichte, der gerade mit seinem Wirken und Namen stets verbunden bleiben wird.

Vor zwei Jahren, im April 1929, konnte Kemmeles sein zehnjähriges Ministerjubiläum begehen. In den schwersten Zeiten der Republik Baden, in den aufregendsten Monaten der Staatsumwälzung, hat er feinerzeit die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. In diesen mehr als zehn Jahren hat er dem Volke und dem Lande Baden vieles geleistet; sein starker Wille, sein energisches Handeln und sein zielbewusstes Vorgehen bei allen unternommenen Aktionen schufen die Voraussetzung, daß das badische Land vor großen Störungen seiner staatlichen Ordnung verschont blieb. Unsere Zeit vergift rasch, aber was Minister Kemmeles als Verantwortlicher für die Polizei und für das innerstaatliche Gefüge durchgesetzt hat, wird für immer als geschichtliche Lebenswichtige Arbeit für das badische Land bestehen.

Kemmeles ist in erster Linie die Schaffung einer den schwierigen Verhältnissen gerecht werdenden badischen Polizei zu danken. Zuerst baute er die Sicherheitspolizei auf die Volkswachen auf und schuf dann den einheitlichen Verband und Aufbau der heutigen Sicherheitspolizei. Immer wieder haben sich Polizei und Gendarmerie den Aufgaben der inneren Ordnung des Grenzlandes Baden gewachsen gezeigt, und heute wird die badische Polizeiorganisation in Inland und Ausland als vorbildlich angesehen. Ein sehr umfangreiches Kapitel gäbe eine Darstellung der Tätigkeit des Innenministers Kemmeles auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung, der Gemeindeordnung und der Kreisordnung, der Wirtschaftsförderung bei Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, der Übernahme der Aufgaben des 1924 aufgehobenen Arbeitsministeriums durch Kemmeles als Sozialminister, seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht, des Wohnungsbaus, der öffentlichen Gesundheitspflege.

Es kam das Jahr 1923, das Jahr der Ruhrbesetzung und auch der Besetzung badischer Städte — Offenburg, Mannheim, Gagau, des Karlsruher Rheinhafens usw. — durch die Franzosen! Diese Wirkungen zu paralysieren, dazu gehörte Mut, Kalt und ein hohes Maß von Verantwortungsgefühl. Minister Dr. Kemmeles hat diese Eigenschaften gezeigt und dabei doch auch in zielbewusster Arbeit Milderungen der Besatzungshärten erreicht. Fähigkeit und diplomatisches Geschick gehörten dazu, die badischen Interessen gegenüber dem eingedrungenen Feinde zu wahren. Manche der heutigen Kritiker Kemmeles hätten kaum in den damaligen schweren Stunden den besetzten Gebieten vom badischen Volke das abgewendet, was ihm im Besatzungsjahr unauffällig und mit eiserner Zielbewußtheit und Fähigkeit gelungen ist.

Dann kam in den späteren Jahren das Anwachsen der rechts- und linksradikalen Parteien, die sich in ihren Tendenzen besonders gegen den Innenminister wandten. Dr. Kemmeles aber bewährte sich als Hüter und Schützer des Staates. Viele Angriffe, die zum Teil leider auch vor persönlichen Verleumdungen nicht zurückschreckten, hat er deswegen zu erdulden gehabt. Sie vermochten ihn von seinem Ziele, den Staat vor Schaden zu bewahren, nicht abzuhalten.

Als er dann nach den Landtagswahlen von 1929 das Innenministerium mit dem Kultusministerium (unter gleichzeitiger vertretungsweise Übernahme des Justizministeriums) übernahm, wurden neidlos seine Verdienste in der badischen Verwaltung von allen Seiten anerkannt. Dies betonte in der Landtagsführung am Dienstag auch ausdrücklich Präsident Duffner, als er des ausscheidenden Ministers Dr. Kemmeles gedachte.

Das Kultusministerium hatte Herr Dr. Kemmeles schon 1925/26 verwaltet; jetzt wieder seit 1929. Mit großem Eifer und dem besten Fleiß arbeitete er sich in die schulischen und kulturellen Gebiete ein und suchte mit bestem Willen die auch hier auftauchenden sehr großen staatspolitischen Schwierigkeiten — man darf nur an die Vorgänge an der Heidelberger Universität erinnern — zu meistern.

Kemmeles Ministerfähigkeit war erfüllt von Pflichtgefühl, eisernem Fleiß und Gerechtigkeitsliebe. Es ist auch uns herzu-

liches Bedürfnis, ihm den Dank des badischen Landes und des Volkes auszusprechen. Sein Name wird in der Geschichte des badischen Staates jederzeit mit Achtung genannt werden.

Der Lebenslauf Dr. Kemmeles

Abos Kemmele wurde am 26. Dezember 1877 in Alt-Reudorf bei Heidelberg geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte den Beruf seines Vaters, die Müllerei. In der sozialdemokratischen Parteibewegung arbeitete er sich dann empor, war 1903 bis 1905 Leiter des städt. Arbeitsamts Ludwigshafen, von 1905 bis 1909 Vorstandsmittelglied des Mühlener Arbeiterverbandes und von 1908 bis 1918, mit Unterbrechungen durch Kriegsdienst, Schriftleiter der Mannheimer „Volkstimme“; in Mannheim wurde er 1911 in den Stadtrat und Kreisrat gewählt, ebenso 1919 in die badische Landesversammlung. Dort nahm er die Stelle des 1. Vizepräsidenten ein, auch war er Mitglied des Verfassungsausschusses. 1919 wurde er in den badischen Landtag gewählt.

Bei der Neuwahl des Ministeriums im April 1919 übernahm er erstmals an Stelle des zurücktretenden Demokraten Dr. Haas das Ministerium des Innern, das er seither geführt hat. Vom November 1922 bis November 1923 hatte er auch das Amt des Staatspräsidenten inne, ebenso wieder vom November 1927 bis November 1928.

Bei der Neuwahl des Ministeriums im November 1929 wurde dann Kemmele zum badischen Justiz- und Kultusminister sowie zum stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt. 1925 bis 1926 war er schon gleichzeitig Minister des Innern und Unterrichtsminister.

Eine Rede über das Finanzproblem, die Kemmele am 15. Januar 1930 hielt, schloß er mit der Erklärung ab, daß das Deutsche Reich nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen rechts und links wieder zu besseren finanzpolitischen Verhältnissen kommen werde.

Seit Pfingsten 1928 ist Kemmele auch Mitglied des Reichstags, wobei er schließlich sein Landtagsmandat niederlegte. Wie mitgeteilt, übernimmt er nun die Leitung des Druckereibetriebs der Mannheimer „Volkstimme“.

Eine Reihe von bemerkenswerten Schriften stammen aus seiner Feder, so das 1925 erschienene, vielbeachtete Buch über „Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden“. 1926 verließ ihm die Univesität Freiburg den Dr. med. h. c.

Kleine Chronik

Ein von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin gestartetes Zwitter-Flugzeug, „D 963“, ein älteres Modell, das auf dem Boden der meteorologischen und hydrodynamischen Messungen vornahm, ist am Mittwochabend infolge plötzlich auftretenden Gewittersturmes bei Mangell, unmittelbar vor dem schwebenden Hafen, gekentert und völlig zerstört worden. Die aus drei Personen bestehende Besatzung wurde von einem Motorboot der Dornier-Metallwerke gerettet. Das Flugzeug, das ein mit Schwimmern ausgerüstetes Landflugzeug war, hatte wertvolle Instrumente an Bord, die nun wahrscheinlich verloren sind.

Die außergewöhnliche Diewelle, die in den Vereinigten Staaten gegenwärtig herrscht, hat bis jetzt 500 Todesopfer gefordert. Am Dienstag sind allein 200 Personen an Hitzschlag gestorben, davon in Chicago 123.

Den Mitgliedern der kleinen britischen Himalaya-Expedition unter Führung von F. S. Smythe ist es gelungen, den Gipfel des 26 447 Fuß hohen Kamet-Berges zu bezwingen. Es ist dies der höchste Berg, der jemals erstiegen wurde.

Neues von Gestern

Ausstellung der Städtischen Kunsthalle, Mannheim
Eröffnet am 28. Juni

Hast könnte man glauben, es mangle unserer Zeit an Aktualität, denn neben der vor 14 Tagen eröffneten Ausstellung des Städtischen Schlossmuseums „Die Mode und ihr Spottbild 1700—1850“, bringt die Städtische Kunsthalle soeben eine andere Schau, „Neues von Gestern“, die in etwa 5000 zu ungefähr 500 Gruppen zusammengeordneten Bildauschnitten aus deutschen Journalen eine Übersicht der Jahre 1830—1914 bringt, über das, was das bürgerliche Publikum des 19. Jahrhunderts und der Vorkriegszeit nach Ausweis der illustrierten Wälder als „schön“ fand, worüber es lachte und wovon es sprach.

Es ist löstlich, durch diese zunächst chronologisch angeordnete Ausstellung zu wandern, die aber gleichzeitig die Thematik einmal homogen, d. h. nach Inhalt zusammengefaßt, andererseits aber ein bestimmtes Thema anschlügt und nun heterogen in gemischter Umrahmung Zeitgenossen, Zeitereignisse um das Motiv herumstellt. Es ergeben sich auf diese Weise politische, wirtschaftliche, soziale, technische, literarische, gleichzeitig aber auch die kritische Urteil, als auch die Gegenwirkung. Noch mehr, man kann anschaulich den Geschmack von Kunst, Gewerbe, Mode, Theater, Tanz usw., teils in ernsten, teils in lustigen Zeichnungen verfolgen und erlebt eine Geschichte des Humors. Endlich spürt man die rein formale und technische Entwicklung der zeitungsmäßigen Bildreportage und Karikatur, die bis 1870 eine starke persönliche Note besaß, dann einen auffallenden Niedergang erfährt, um ab 1900 wieder einen langsamen Aufschwung zu nehmen. Die deutschen Bilderjournalen, die sich erst in der Wiederbelebung aus den alten Kalendern, aus den Almanachen entwickelten, setzen erst ungefähr um 1830 ein, hatten aber damals schon ihre Wälder, ihre Sport- und Modeberichte, aus denen sich später die Wälderblätter, Modezeitungen usw. abspalteten. Diese großen Bilderjournalen mit ihren bekannten Titeln: „Leipziger Illustrierte“, „Der Land und Meer“, „Dasheim“, waren bis in die Vorkriegszeit zu verfolgen, daneben die unrettbar heitliche „Moderne Kunst“, dann „Die Fliegenden“, „Die lustigen Wälder“ usw., bis um 1900 vor allem der „Simulissimus“ und ähnliche Zeitschriften einen föhnen Vorstoß in künstlerischer und literarischer Hinsicht unternahm.

Die Ausstellung, ursprünglich mehr in rein künstlerischem Sinne gedacht, hat im Laufe der Vorarbeiten ihr Programm erweitern müssen, weil man fühlte, daß gerade durch das Gegenbeispiel eine neue Erkenntnis über das, was man schön und gut fand, erweckt würde. Gleichzeitig tauchen fesselnde Erinnerungen auf, da die meisten von uns noch einen großen Teil der Dinge geschaut haben und nun in philosophischer Melancholie erfahren, wie rasch wir leben und wie schnell wir vergehen. Endlich aber, das ist die geheime Tendenz dieser an sich parteipolitisch und wirtschaftlich tendenzlosen Ausstellung, möge man aus dieser bunten Bilderreihe die Hoffnung fassen, daß, wie jede Epoche ihre Ideale hatte, auch aus unserer katastrophreichen Zeit ein neuer Aufbau sich herauskristalisieren wird. In diesem Sinne bedeutet die überaus fleißig und sorgsam zusammengestellte Schau eine künstlerisch wertvolle Tat. A. Lehmann.

Die neue badische Regierung

Staatspräsident und Justizminister Witemann

Josef Witemann stammt aus Buchen, wo er als Sohn des dortigen Stadtschreibers am 24. März 1866 geboren wurde. 1897 begann seine juristische Laufbahn als Amtsrichter in Wozberg, die ihn dann nach Donaueschingen, als Landgerichtsrat nach Offenburg und Freiburg führte. Vom Mai 1923 bis zum Herbst 1929 war er Präsident des badischen Rechnungshofes. Seine Abgeordnetenlaufbahn begann im Jahre 1905 und er gehörte dem badischen Parlament bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten des Rechnungshofes an. Am 21. November 1929 trat Witemann in die damals aus Zentrum und Sozialdemokraten gebildete Regierung ein und übernahm die Leitung des Innenministeriums.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Schmitt

Der bisherige Finanzminister Dr. Josef Schmitt, der nun in der neuen Regierung das bisher von Dr. Kemmele verwaltete Kultus- und Unterrichtsministerium übernimmt, stammt ebenfalls aus dem sogenannten badischen Hinterland. Er wurde am 2. April 1874 in Randa geboren. Seine Laufbahn begann 1900 als Amtsrichter in Wozberg. Er verließ schon ein Jahr darauf den badischen Staatsdienst und wurde Kollegialmitglied des katholischen Oberstiftungsrats in Karlsruhe, 1919 zum Geheimen Finanzrat dieser Behörde und 1924 zu ihrem Präsidenten ernannt. Im Jahre 1925 wurde Dr. Schmitt zum Ministerialdirektor im Kultusministerium ernannt und seit 1927 leitete er das Finanzministerium. Dem badischen Landtag gehört Minister Dr. Schmitt mit einer Unterbrechung seit 1921 an.

Minister des Innern Emil Maier

Der Nachfolger Witemanns im Innenministerium, Emil Maier, ist geborener Württemberger. Er stammt aus Dunningen, wo er am 11. August 1876 geboren wurde. Er wechselte sehr bald ins Badische herüber, war Redakteur in Mannheim und sozialdemokratischer Parteisekretär in Heidelberg, wo er 1912 in den Stadtrat gewählt wurde. Im Jahre 1919 in die badische Nationalversammlung gewählt, gehört er seit dem Landtag an. In die badische Regierung ist Maier am 21. November 1929 als Staatsrat eingetreten. Den Posten des Ersten Vizepräsidenten des Landtags hat er seit 1919 inne; außerdem ist er Erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Minister der Finanzen Dr. Wilhelm Mattes

Der künftige Sachverwalter der badischen Finanzen Dr. Wilhelm Mattes ist das jüngste Mitglied in dem neuen badischen Kabinett. Dr. Mattes wurde am 8. Juli 1892 in Winterlingen bei Stodach geboren. In den Schulen seiner Heimat und in den höheren Schulen in Radolzell und Konstanz bereite er sich für das Universitätsstudium vor und promovierte als Doktor der Staatswissenschaften im Jahre 1920 in München. Dr. Mattes ist praktischer Volkswirt und seit 1921 Mitglied des Landtags. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei führt Dr. Mattes seit 1925 den Vorsitz; auch gehört er dem Haushaltsausschuß und dem Vertrauensmännerausschuß an.

Staatsrat Fridolin Geurich

gehört seit 1919 als Mitglied der badischen Zentrumspartei dem Landtag an. Sein Arbeitsgebiet liegt in der christlichen Bauarbeiterbewegung. In Gelsenkirchen und Umgebung hatte sich der am Dienstag neugewählte Staatsrat im Kampfe für den christlichen Bauarbeiterverband die ersten Sporen verdient. Er wurde dann mit der Erziehung des Oberlehrer für die christliche Gewerkschaftsbewegung betraut und im Jahre 1911 von dem Zentralverband des christlichen Bauarbeiterverbandes nach Freiburg berufen. Nach dem Kriege wurde sein Gebiet wesentlich vergrößert, indem Baden, Württemberg, die Pfalz und das Saargebiet zu einem einheitlichen Gebiet zusammengefaßt wurden.

Staatsrat Leopold Rüdert

Zu Karlsruhe im Jahre 1881 geboren, betätigte er sich schon in jungen Jahren in der Arbeiterbewegung, woselbst er viele Jahre hindurch Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Karlsruhe war und seit einigen Jahren Landesvorsitzender der freien Angestelltenverbände Badens ist. Schon 1909 wurde er in den Bürgerausschuß gewählt; 1919 wurde er Mitglied der Nationalversammlung und ist seitdem auch Mitglied des badischen Landtags. In der vorläufigen Volksregierung war Rüdert Verkehrsminister und im ersten Kabinett der badischen Republik Arbeitsminister. Seit dem Ausscheiden Marzms aus dem badischen Landtag ist Rüdert Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

*** Ein Irrtum**

Zu den Aussehungen, daß durch die Umbildung der badischen Regierung angeblich ein vierstes Ministerium — das Justizministerium — geschaffen worden sei, schreibt der „Bad. Beob.“:

Baden hatte bekanntlich seit 1919 vier und nicht drei Ministerien. Daß seit 1929 Kultusministerium und Justizministerium durch Personalunion vereinigt wurden, war von Anfang an ein Provifatium, das jedoch, wie die Verhältnisse es gestatteten, aufgehoben werden sollte, zugunsten des normalen Zustandes, wonach das Justizministerium selbständig zu bestehen ist. Kein Mensch dachte damals an die Beibehaltung dieses provisorischen Zustandes, der doch nur damit zusammenhing, daß weder die Demokratie noch die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition eintrat. Weil man aber die Erweiterung der Koalition fest im Auge behielt und sie aus guten Gründen so bald wie möglich verwirklichen wollte, wurde das Justizministerium nur provisorisch dem Kultus- und Unterrichtsministerium übertragen. Da die Erweiterung der Koalition nun Tatsache geworden ist, mußte natürlich das Provifatium aufgehoben und die Normalzahl der Ministerien wieder aufleben.

Bertagung der Kommissionsarbeiten des Europa-Ausschusses. Der Studiausschuß für die föderative Gestaltung Europas (Europa-Ausschuß), der sich bekanntlich eine wirtschaftliche Neuordnung zum Ziele gesetzt hat, hat in Genf beschlossen, sich auf den 18. August zu vertagen.

Der Dantziger Volkstag nahm ein Ermächtigungsgesetz an, durch das der Senat zur Ergreifung von Maßnahmen für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung berechtigt ist.

Gehaltsrückzahlung der polnischen Eisenbahnbeamten. Der polnische Minister hat beschlossen, die Bezüge einiger Kategorien der Eisenbahnbeamten um 10 bis 15 Prozent zu erhöhen.

Der griechische Ministerpräsident beabsichtigt, am 10. Juli eine Europareise zu unternehmen, um die europäischen Regierungen mit der Haltung Griechenlands gegenüber dem amerikanischen Vorschlag bekanntzumachen.

Die neugewählte ägyptische Kammer hat dem Kabinett Sidki Pascha nach der Debatte über die Thronrede einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Aus dem Spargutachten

Verbindung der Amtsbezirke mit der Selbstverwaltung

Das Gutachten der Spartkommission über die badische Staatsverwaltung befaßt sich für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, wie mitgeteilt, auch mit der Verwaltungsreform. Es wird dabei vorgeschlagen, die Amtsbezirke zu Körperschaften des öffentlichen Rechts und mit dem Rechte der Selbstverwaltung zu gestalten und ihnen die Aufgaben, die bisher von den 11 badischen Kreisen, den Bezirksfürsorgeverbänden und den Wohnungsverbänden erfüllt worden sind, zu übertragen. Die Spartkommission schlägt für den Fall der Verbindung der Amtsbezirke mit der Selbstverwaltung eine erhebliche Verminderung der Zahl der Amtsbezirke vor. Nach ihrem Vorschlag sollen folgende 27 Amtskörperschaften gebildet werden:

- 1. Tauberbischofsheim mit Bietheim, 2. Buchen mit Adelsheim, 3. Mosbach, 4. Mannheim mit Weinheim, 5. Heidelberg mit Wiesloch, 6. Einsheim, 7. Bruchsal, 8. Karlsruhe, 9. Pforzheim, 10. Raastatt, 11. Bühl, 12. Offenburg, 13. Rehl, 14. Wolfach, 15. Laahr, 16. Emmendingen mit Waldkirch, 17. Freiburg, 18. Neustadt, 19. Müllheim, 20. St. Gallen, 21. Schopfbühnen, 22. Willingen, 23. Donaueschingen, 24. St. Blasien mit Neffzhausen, 25. Überlingen mit Füllensdorf, 26. Konstanz, 27. Waldshut.

Für die neuen Selbstverwaltungskörper schlägt die Spartkommission nach württembergischem Vorbild die Bezeichnung **Amtskörperschaft** vor. Sie verkennt nicht, daß die Aufhebung von Amtsbezirken für die Bevölkerung, die künftig einen weiteren Weg zur Amtskörperschaft zurückzulegen hat, eine Verschlechterung bedeutet und namentlich für die bisherige Amtstadt, die mit dem Bezirksamt ein gewisses Kulturzentrum bildet und Verkehr in die Amtstadt brachte. Immerhin seien weitere Entfernungen bei der Entwidlung des Kraftverkehrs heute nicht mehr von gleicher Bedeutung wie früher.

Das Spargutachten legt dann dar, daß die Verminderung der Amtsbezirke für die staatlichen Verwaltungsbeamten selbst einen Nachteil bringe. Die Aussicht, in jüngeren Jahren Landrat zu werden, werde sich weiter erheblich verschlechtern und manche Regierungsräte würden wohl überhaupt nicht mehr Landrat werden können. Die Verbindung der Selbstverwaltungsbezirke mit den Amtsbezirken werde erhebliche Vorteile bieten: **Statt mit 40 Bezirksämtern und 11 Kreisen habe die Allgemeinheit und der Verkehr unter den Behörden nur noch mit 27 Amtsbezirken zu tun.**

Von den Städten sollen nur die fünf größten, nämlich Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim und Heidelberg, nicht in die Amtskörperschaften einbezogen werden. Die übrigen Städte hätten den Amtskörperschaften angegehört. Den Amtskörperschaften soll ein unmittelbares Steuerrecht gegeben werden, wie es zur Zeit den Kreisen zusteht. Das repräsentative Organ der Amtskörperschaft wäre der **Bezirksrat**, der, je nach Größe des Bezirks, aus 20 bis 35 gewählten Mitgliedern bestehen soll.

Was die Stellung der **Landeskommissare** angeht, so hat sich die Spartkommission für deren Beibehaltung ausgesprochen, desgleichen hat sie zu der Frage, ob die Polizeidirektionen, insbesondere diejenigen von Karlsruhe und Mannheim, von den Bezirksämtern zu trennen und selbständig zu machen wären, als nicht gerechtfertigt geantwortet.

Auch zur **Änderung der Gemeindeordnung** hat die Spartkommission Stellung genommen. Sie hat sich dabei für die Vereinigung gleichartiger benachbarter Gemeinden zu einer Gemeinde ausgesprochen. Vielleicht könnte nach württembergischem Vorbild die Wahl eines gemeinschaftlichen Bürgermeisters durch mehrere benachbarte Gemeinden oder die Errichtung einer Bürgermeisterei durch sie in der badischen Gemeindeordnung vorgesehen werden.

Die Badischen Hochschulen

Die Spartkommission weist darauf hin, daß die beiden badischen Universitäten Heidelberg und Freiburg weit weniger Landesuniversitäten sind, als Tübingen, weil die Zahl der außerbadischen Studierenden und Ausländer sehr groß ist. Diese Erscheinung lege es nahe, an eine Unterstützung der Universitäten durch das Reich zu denken. Durch entsprechende Reichszuschüsse für die nicht landesangehörigen, aber reichsdeutschen Studierenden ließe sich die auf die Hochschulen zurückzuführen Belastung der Länder wesentlich erleichtern. Die Spartkommission ist aber selbst der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzverhältnisse dieser Weg für absehbare Zeit völlig aus der Erörterung ausscheide.

Deshalb müsse, wenn gepart werden sollte, in erster Reihe der **Personalaufwand** eingeschränkt werden. Die Spartkommission stellt fest, daß der Aufwand für die Bezahlung der Universitätslehrer das richtige Maß weit überschritten hat. Das finanziell schwache Badische Land könne den Weltlauf zur Gewinnung von besonders hervorragenden Kräften von internationalem Ruf nicht mehr mitmachen, es werde sich vielmehr aus Ersparnisgründen enghürftig darauf beschränken müssen, in der Hauptsache jüngere Professoren zu gewinnen und durch eine kritische Auslese solche Lehrkräfte ausfindig zu machen, die sich noch zu hervorragenden Vertretern der Wissenschaft entwickeln werden. Die Spartkommission weist weiter darauf hin, daß zum Beispiel die **Professoren der Medizin** zum größten Teil ein erhebliches Nebenkommen aus den Honoraren für die ärztliche Behandlung von Privatpatienten haben. Da das Land die ganze Einrichtung der Klinik samt allen Hilfskräften stellen, dürfte es der Billigkeit entsprechen, einen Teil der von den Professoren erhobenen Honorare der Staatskasse zukommen zu lassen. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß auch den Bezirksärzten das Einkommen aus dem sog. wandelbaren Bezüge aus ihren Gehalt anzurechnen wird. Ähnliches gelte auch für die **fachwissenschaftlichen Gutachten**, die Professoren erstatten. Auch schlägt die Spartkommission vor, die **Emeritierung der Hochschullehrer** erst etwa mit dem 70. Lebensjahr eintreten zu lassen.

Das Spargutachten beschäftigt sich dann auch mit den Bezügen der sogenannten **Affistens**. Es wird darauf hingewiesen, daß die Affistenten heute nicht mehr Durchgangsposten sind, ihre Zahl vielmehr am Amte kleben. Eine Verrückung der Bezüge, die dem bequemem Abwarten in der Affistentenstellung einen Niesel vorzuschauen geeignet wäre, würde wieder den wünschenswerten rascheren Wechsel herbeiführen und gleichzeitig die Staatskasse beträchtlich entlasten. Aus einer Gegenüberstellung zwischen Tübingen und den beiden badischen Universitäten stellte die Spartkommission fest, daß die Verwaltung der beiden badischen Universitäten erheblich weniger aufgezogen ist, als die der Universität Tübingen.

Ähnliche Darlegungen macht die Spartkommission auch für die **Technische Hochschule Karlsruhe**. Sie schlägt aus hier eine Verminderung der Professorengehälter, eine Anordnung der Gutachterstätigkeit, eine Erhöhung des staatlichen Anteils am Kolleggehalt, eine Verminderung der Zahl der Lehrkräfte und eine Herabsetzung der Vergütungen für Affistens vor.

Durch Verminderung der Professorengehälter und Anordnung der Gutachterstätigkeit sollen rund 170 000 RM. jährlich eingespart werden können. Unter die vorgeschlagenen Spar-

Selbst-
badische
des
Ber-
Amts-
dem
Auf-
für-
worden
Fall
eine
Nach
gebildet

maßnahmen fallen ferner: Verminderung des Bauwertbetrags für Honorierung von Lehraufträgen, Erhöhung des staatlichen Anteils an den Kollegialgebühren, Verminderung der Lehrkräfte, Herabsetzung der Vergütung für Assistenten, weiterhin noch die Beträge, die durch Lösung der verfallenen Gehaltszulagen aus den Kollegialgarantien und die Sinauschiebung der Emeritierung.

Andere Sparvorschläge für die Technische Hochschule erstrecken sich auf die Hochschulverwaltung, bei der die größere Zahl von planmäßigen Verwaltungs- und technischen Beamten gegenüber der Hochschule in Stuttgart nicht gerechtfertigt sei. Baden habe hier drei bzw. fünf Beamte mehr, die, wenn nicht eingespart, so doch mindestens durch außerplanmäßige Beamte ersetzt werden sollen. Weiter wird angeregt, durch Angleichung des Verwaltungsapparates der Hochschule an den Dienst des Domänenamtes und Betriebsvereinfachung Ersparnisse zu erzielen.

Die Arktisfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“

Nachdem die Nordpolfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ infolge der bekannten Umstände nicht durchgeführt werden wird, wird das Luftschiff eine arktische Forschungsfahrt unternehmen, die, wie schon mitgeteilt, im Juli vor sich gehen soll. Es stehen Mittel durch die nicht mehr rückzahlbare Anzahlung des Gestirns-Kongress auf die Nordpolfahrt, sowie durch Teilnahme deutscher Zeitungsunternahmen und anderer Interessenten in erster Linie dafür zur Verfügung. Weitere Einnahmen werden aus der mitzuführenden Luftpost fließen. Der russische Eisbrecher „Malgin“, der die Aufgabe hat, nach etwaigen Überresten der Rettungsposition von Amundsen zu forschen, wird am 15. Juli seine Touristenfahrt nach dem Franz-Josephs-Land antreten. Hier werden sich der Eisbrecher und das Luftschiff „Graf Zeppelin“ treffen und Post miteinander austauschen.

Das Luftschiff wird voraussichtlich in Friedrichshafen am 20. Juli starten, in Berlin eine Zwischenlandung machen und die deutschen Teilnehmer aufnehmen und dann nach Leningrad fahren, wo die zahlreichen Teilnehmer aus russischen Gelehrtenkreisen an Bord gehen werden und der Betriebsstoff für die Arktisfahrt aufgenommen wird. Von hier aus wird dann der eigentliche Arktisflug beginnen, der eine Dauer von fünf bis sechs Tagen haben wird. Das Luftschiff wird die Gegend des Franz-Josephs-Land und des Nicolaus-II.-Land anfliegen. Unterwegs werden fotografische Aufnahmen und geographische, sowie meteorologische Messungen durchgeführt werden. Bis jetzt werden an der Fahrt teilnehmen: Deutscherseits ein Meteorologe und zwei Geodäten, von russischer Seite zwei Geographen und ein Meteorologe, sowie ein schwedischer Erdmagnetiker. Die Polarausrüstung, Proviant, Schlitten, Floßboote usw. werden bereits in Friedrichshafen an Bord gebracht werden. Der Flug über der Arktis soll möglichst lange ausgedehnt werden können. Aus diesem Grunde wird das Personal auf das unbedingt notwendige Maß verringert werden.

Die Nordlandfahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff wird nach einer Mitteilung der Werftleitung schon für heute Abend zwischen 8 und 9 Uhr in Friedrichshafen zuverwartet. Heute früh um 7 Uhr befand sich das Luftschiff über Ulm bei Bergen. Um 8 Uhr überflog das Luftschiff Eubeneh in Schweden, um 10.15 Uhr hat das Luftschiff das Lister Tief (Schl) mit Kurs auf die Westküste Schwedens passiert. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch über der isländischen Hauptstadt Reykjavik angekommen und wartet auf die Rückfahrt anzureiten. Das Luftschiff sah sich mit Rücksicht auf die Wetterlage zur Rückkehr direkt über Jütland gezwungen.

Über dem Flugplatz in Hamilton (Ohio) kürzte ein Sportflugzeug ab, wobei fünf Personen getötet wurden.

Bemerkte sei endlich, daß die Zahl der Schweine haltenden Haushaltungen im Lande Baden von 156 660 im Vorjahr auf 169 884, d. h. 8,1 v. H., gestiegen ist.

Sparmaßnahmen und Verwaltungsgerichtshof

In einem Auszug aus dem Spargutachten war berichtet worden, das Spargutachten hätte den bereits früher gemachten Vorschlag wiederholt, den Verwaltungsgerichtshof in einen Senat beim Oberlandesgericht umzuwandeln, oder bei der geplanten Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts aufzuheben. Diese Darstellung ist unrichtig. Die Sparkommission spricht sich vielmehr in Würdigung der gewichtigen sachlichen Gründe, die in allen Ländern außer Hamburg zur vollständigen Selbstständigkeit der höchsten Verwaltungsgerichte geführt haben, gegen die Angleichung des Verwaltungsgerichtshofes an das Oberlandesgericht aus.

Badischer Landwirtschaftlicher Verein

Die Zusammenschlußfrage — Das Angebot der Zentralgenossenschaft wird abgelehnt und die Warenvermittlung beibehalten

Der Badische Landwirtschaftliche Verein hielt am 27. Juni in Karlsruhe seine ordentliche Hauptversammlung ab, der am Freitag eine Sitzung des Gesamtvorstandes vorausging, zu der die Vertreter von 13 Gauen sowie erstmalig der Vertreter des Verbandes der unterbadischen Pferdezüchtersgenossenschaften Veterinärarzt Wimer, Einsheim, erschienen waren. Der Präsident Gutsbecker August Wachs, Winkel bei Rastatt eröffnete die Sitzung am Samstag und konnte neben den Gauvertretern den Vertreter des Vereins Badischer Pflanzengärtner Saatzuchtdirektor Hohenstätt, sowie den Vertreter des Verbandes der unterbadischen Pferdezüchtersgenossenschaften und die Vertreter fast aller landwirtschaftlichen Bezirksvereine begrüßen. Er gedachte zunächst der seit der letzten Sitzung Verstorbenen, nämlich Geh. Rat Dr. Turban, Durlach, Landwirt Johann Schwellinger, Langgassen bei Pfullendorf und Landesökonomierat Friedrich Huber, Radolfzell.

Der Vorsitzende erstattete hierauf den Jahresbericht für 1930. Danach ist eine regere Tätigkeit in den Bezirken festzustellen und auch eine Zunahme des Vermögens der Bezirksvereine um rund 20 000 M. Bezüglich des Badischen Landwirtschaftlichen Wochenblattes konnte gesagt werden, daß eine Vermehrung der Textseiten, sowie die Zahl der Aufsätze erfolgte, daß außerdem 8 Widerbelegungen gebracht werden konnten, die bei den Mitglieder großen Anklang gefunden haben. Der Verein hat sich an 5 Saatzuchtmärkten mit gutem Erfolg beteiligt. Einkünfte über Reichs- und Steuerfragen wurden nach Anhörung der zuständigen Stellen fast täglich teils mündlich, teils schriftlich und soweit es im allgemeinen Interesse lag, auch im Briefkasten des Landwirtschaftlichen Wochenblattes erteilt; in gleicher Weise wurden Anfragen berufsetzlicher Art beantwortet. Zu Ehrenmitgliedern wurden im abgelaufenen Jahre ernannt, Gutsbecker Eduard Merton, Ritterhof bei Durlach, Geh. Rat Dr. Baur, Karlsruhe, und Altbürgermeister Zimmermann in Graben.

Der Rechnungsabluß für 1930 erbrachte einen Reingewinn beim Warenbezug in Höhe von 17 900 M. Davon wurden 5000 M zur Abschreibung am Hause Werdorferstraße 28 in Karlsruhe, und 4782 M als Zuschuß zur Verwaltung des Vereins verwendet. Der Rest wurde dem Reservefonds gutgeschrieben.

Aber das Warengeschäft erlitt die Geschäftsführer Bithum Bericht, dem zu entnehmen ist, daß das Geschäft spärliche Fortschritte gemacht hat. Hauptverwerder der Verein ohne die anderen Zweige zu vernachlässigen, wie schon seit Jahrzehnten auf die Vermittlung von Saatgut, vornehmlich Originalsaat und anerkannte erste Abfaat.

Über den Vorschlag, der ungefähr die gleichen Einnahmen und Ausgaben wie in den Vorjahren ausweist, berichtet Präsident Wachs und teilte mit, daß der Verein beabsichtigt, sich an der im nächsten Jahr in Mannheim stattfindenden 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu beteiligen. Hierfür ist in den diesjährigen Voranschlag die Hälfte der etwa entstehenden Kosten von 6000 M. eingelegt worden. Nachdem der Vorsitzende Bericht über die Verhandlungen bezüglich der Vereinigung der landwirtschaftlichen Organisationen erstattet hatte, begründeten in der Aussprache einige Vertreter das Verlangen nach Aufgabe des Warengeschäftes damit, daß die Einzelteile durch das Nebeneinanderbestehen zweier Warenlieferungsstellen gestört werde und eine Konkurrenz in der heutigen Zeit nicht förderlich sei. Von anderer Seite wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Warenvermittlung des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins gerade deshalb bestehen bleiben müsse, um denjenigen, insbesondere Kleinlandwirten, die genossenschaftlich nicht gebunden sein wollen, die Möglichkeit zu geben, ihre landwirtschaftlichen Bedarfsartikel bei einer landwirtschaftlichen Organisation zu beziehen. Daß man gerne bereit sei, mit dem Landesverband der ehemaligen Landwirtschaftsschüler zu einer Einigung zu kommen, war wohl die Meinung aller Anwesenden. Schließlich wurde das Ergebnis der Beratung im folgenden zusammengefaßt:

Da das Angebot der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft unzureichend ist, und außerdem eine Sicherheit für die Rechte nicht geleistet wird, ist der Badische Landwirtschaftliche Verein nicht in der Lage, das Angebot der Zentralgenossenschaft anzunehmen, zumal er überzeugt ist, daß die Aufrechterhaltung der Warenvermittlung des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins im Interesse aller der Mitglieder geboten erscheint, welche sich genossenschaftlich nicht organisieren können, bzw. wollen. Ein Ausgleich hierfür scheint in der Vereinigung der Zentralgenossenschaft, die Warenvermittlung im Hause der Zentralgenossenschaft weiter zu führen, nicht gegeben.

Es wurde dann über die Beibehaltung oder Aufgabe des Warengeschäftes abgestimmt und es ergab die namentliche Abstimmung bei 5 Stimmenthaltungen 31 gegen 14 Stimmen für die Beibehaltung der Warenvermittlung des Landwirtschaftlichen Vereins.

Einmütige Annahme fand der Antrag Schönenberger, Freiburg: Der Landesauschuß des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins bringt hiermit zum Ausdruck, daß er nach wie vor bestrebt sein wird, mit dem Landesverband der Vereine der ehemaligen Landwirtschaftsschüler zu einer Einigung zu kommen und damit eine Einigung auf landwirtschaftlich-technischem Gebiet zu erreichen. Der Badische Landwirtschaftliche Verein wird sich die Pflege eines guten Verhältnisses mit den anderen landwirtschaftlichen Organisationen, einschließlich der Landwirtschaftskammer soviel als ihm möglich angelegen sein lassen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Nr. 20 des Amtsblatts des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält folgende Bekanntmachungen: Schulärztliche Berichterstattung bei Reihenuntersuchungen. Deutsche Hochschulstatistik. Verleihung von Stipendien aus der von Reichsach-Stiftung. Dienstprüfung der Fortbildungsschullehrerinnen. Reichszentrale für Heimdienst.

Aus der Landeshauptstadt

Die Unfallhilfe der Bergwacht. Die Bergwachtarbeitsgemeinschaft Karlsruhe mit den Gruppen Baden-Baden und Achern hat im vergangenen Winter während 5 Monaten von Ausgang November bis April auf den einzelnen Stationen in 226 Fällen Hilfe geleistet. Aus der soeben veröffentlichten Statistik über die Tätigkeit der Bergwacht geht hervor, daß alle Arten von Hilfen geleistet wurden. Die Hilfeleistungen verteilen sich gleichmäßig auf die Stationen Hornisgrunde, Rummelssee, Naturfrunden, Hundsee, Unterstamm, Breitenbrunn und Fischenberg. Hilfe gefunden haben Mitglieder vom Schwarzwalddverein, vom Verein der Naturfreunde, vom Alpenverein, vom Skiklub, von der Deutschen Jugendkraft und eine beträchtliche Zahl Personen ohne Vereinsangehörigkeit.

Ernährung für Mutter und Kind. Die außerordentliche Wichtigkeit einer zweckdienlichen Ernährung der Säuglinge und Kinder in ihren ersten Lebensjahren ist bekannt, doch fehlt es den jungen Müttern vielfach an der geeigneten Belehrung und Anleitung. Die Reichsanstalt zur Befämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit in Berlin hat deshalb reiches Anschauungsmaterial zu einer Ausstellung zusammengestellt, die unter dem Motto „Ernährung für Mutter und Kind“ zunächst in Berlin selbst gezeigt wurde. Der Präsident der Reichsanstalt, Prof. Langstein in Berlin, hatte sich Räume der Warenhausfirma Hermann Tietz für die Ausstellung erbitten und zur Verfügung gestellt erhalten und die gemachten guten Erfahrungen haben dazu geführt, daß auch in Karlsruhe das Warenhaus Hermann Tietz als Domizil für die Ausstellung gewählt wurde. Unter großer Mühehaltung wurde eine ganze Abteilung der vierten Etage des Warenhausgebäudes geräumt und mit Hilfe des von Berlin hierher gebrachten, zum Teil auch von der Firma Hermann Tietz selbst zur Verfügung gestellten Anschauungsmaterials, in eine Ausstellung umgewandelt, die in ihrer Reichhaltigkeit und sinnvollen Ausgestaltung dem Gedanken Zweck nach jeder Richtung hin gerecht wird. Daß dabei über den engen Rahmen der Ernährung hinausgegangen und auch noch einige andere wesentliche Dinge mit einbezogen wurden, die in engstem Zusammenhang mit der Gesundheit des Kindes in seinen ersten Lebensjahren stehen, kann selbstverständlich nur begrüßt werden. — Zu der Eröffnung der Ausstellung, die am Mittwochvormittag 11 Uhr stattfand, hatten sich eine Anzahl geladener Gäste, insbesondere aus Ärzten- und Fürsorgekreisen, eingefunden. Kinderarzt Dr. Ullmann gab in einigen einführenden Worten kurze Aufklärung über den heutigen Stand der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, betonte die wertvollen Dienste, welche diese Ausstellung der breiten Masse der Bevölkerung erweise. Es sei dringend zu wünschen, daß von dieser günstigen Gelegenheit, sich Rat und praktische Belehrung zu holen, von recht vielen Müttern Gebrauch gemacht werde.

Aufhebung und grober Anflug. Gestern Abend mußte die Polizei in zehn Fällen wegen Aufhebens, Schlägereien und grobem Anflug einschreiten.

Badisches Landestheater. Der Entwurf des Spielplans für die kommende Spielzeit 1931/32 ist in den Grundzügen fertiggestellt und wird in Kürze bekanntgegeben werden. Das Schauspiel wird, worauf besonders hingewiesen sei, im Gedächtnisjahr des 100. Todestages Goethes von der Wiedergabe seiner dramatischen Hauptwerke beherrscht sein. So werden in der dem Gedenktage unmittelbar vorangehenden Zeit aufeinanderfolgend aufgeführt werden: „Die Mitschuldigen“ und „Die Raune des Verliebten“, „Götter von Verdingen“, „Comont“, „Clavigo“, am Todestage, dem 22. März 1932, selbst die „Iphigenie“ und als Abschluß an den beiden Ostertagen die beiden Teile des „Faust“. Durch eine „Morgensfeier“ für die ein hervorragender Redner zum Thema „Der junge Goethe“ den Festvortrag halten wird, soll die große Goethefeier eine würdige Ergänzung erfahren und jedem Theaterfreund ein abgerundetes Bild vom Wirken Goethes für die Kunst des Theaters vermitteln.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Nördlich Englands ist eine atlantische Zyklone herangezogen, deren Niederschlägen und Gewitterbildungen bringen werden. Voraussage: Wärmegewitter.

Wasserkünder: Waldshut 358 minus 2, Basel 170 minus 5, Schusterinsel 234 minus 8, Kehl 364 minus 15, Magau 544 minus 7, Mannheim 459 minus 10, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Juli		1. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.33	169.67	169.33	169.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92	112.70	112.92
Italien 100 L.	22.04	22.08	22.04	22.08
London 1 Pf.	20.474	20.514	20.474	20.514
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.475	16.515	16.474	16.514
Schweiz 100 Fr.	81.54	81.79	81.515	81.675
Wien 100 Schilling	59.111	59.30	59.111	59.30
Brag 100 Kr.	12.473	12.493	12.47	12.49

Auf dem Devisenmarkt halten in den letzten Tagen infolge der ungeklärten politischen Lage die ausländischen Geldbögen an und der Devisenbedarf infolgedessen kaum eine Einschränkung. Die Unnachgiebigkeit Frankreichs führt zu unliebsamen Konsequenzen im innerdeutschen Geldverkehr. Die Reichsbank wird fraglos, um den Rückstrom der zum Ultimo ausgetretenen Gelder zu fördern, die Kreditrestriktionen freiger anzuwenden müssen, wodurch die Lage der Wirtschaft noch verschärft wird. Damit ist aber noch keine wirksame Abwehr gegen die ausländischen Geldrückzüge geschaffen, die bereits erhebliche Beträge von dem internationalen Kreditkontext von 100 Millionen Dollar absoziiert haben. Unter diesen Umständen ist auch die Abdeckung dieses Kredits zum 16. Juli erschwert und die Reichsbank wird daher vor neue Entschlüsse gestellt, wenn sich nicht die Lage bis zum Medio wesentlich ändert. Wären die amerikanisch-französischen Verhandlungen, deren Abschluß Frankreich lieber noch mit brutaler Hartnäckigkeit verhindert, zu einem günstigen Resultat gekommen, so wäre sicher schon eine Verhütung eingetreten, die privaten Devisenbestände wären aufgelockert und als Folge davon die primären Devisenmittel der Reichsbank wieder aufgefüllt worden.

Die Reichsinbegriffe für die Lebenshaltungskosten belaufen sich für den Durchschnitt des Monats Juni auf 137,8 gegenüber 137,3 in der Vormonatswoche.

Heinrich Lanz AG. Mannheim. Die Gesellschaft, die schon einige Male ihre Generalversammlung vertagt hatte, beruft nun auf 20. Juni eine neue Generalversammlung ein, in der die Abschlüsse für 1929 und 1930 vorzulegen sind. Der Beschäftigungsgrad sei jetzt befriedigend und bewege sich auf ansteigender Linie. Der Auftragsbestand habe sich in den letzten Wochen gebessert.

Rheinische Elektrizitäts-AG. Mannheim. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die vorgelegte Bilanz und beschloß antragsgemäß aus dem Reingewinn von 1.872.296 (1.504.506) M eine von 10 auf 9 Prozent ermäßigte Dividende auf die Stammaktien zu verteilen. An Stelle von Komm.-Akt. Dr. R. A. Strauß, Karlsruhe, der wegen vorgerückten Alters aus dem Aufsichtsrat ausscheidet, wurde sein Sohn Friedrich A. Strauß (Bankhaus Strauß & Co.), Karlsruhe, gewählt. Die festen Vergütungen an den Aufsichtsrat werden auf die Hälfte reduziert.

Die Anteilbezeichnung der Karlsruher Diakonissenanstalt. Eine von verschiedenen Bafeler Banken emittierte 7prozentige Anleihe der Evangelischen Diakonissenanstalt Karlsruhe im Betrage von 1.250.000 Schweizer Franken ist durch die eingegangenen Anmeldungen gedeckt.

Nez. A.-G. in Freiburg genehmigte den Abschluß mit 1,59 Millionen M Gesamtverlust. Die Leistungsfähigkeit der Werke sei nach der mit großen Aufkosten erfolgten Zusammenfassung der Nez-Gesellschaften auf den technischen Höchststand gebracht. Die ausländischen Niederlassungen, sowie die Beteiligungen an ähnlichen Anlagen der Firmen wurden in einer schweizerischen Holdinggesellschaft Sciga-A.-G. in Glarus zusammengefaßt. Den deutschen Aktionären wird bis zum 31. Dezember 1931 ein Bezugsrecht auf Aktien dieser Holdinggesellschaft im Verhältnis von 4 Nez-Aktien zu 5 Sciga-Aktien zu 100 Prozent eingeräumt.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Juni 1931. Nach Mitteilung des Staatlichen Reichsamtes wurden im Juni 1931 durch den Reichsanzeiger 1234 neue Konkurse ohne die wegen Mafsemangel nicht statgegebenen — eingestellen — und 647 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben.

Gemeindeverwaltung

Angenommene Voranschläge

In der letzten Bürgerausschußsitzung in Eberbach wurde der Voranschlag für 1931/32 angenommen. Nach ihm beträgt die Gemeindefiskalsteuer 150 Proz., die Bürgersteuer ebenfalls 150 Proz.

Der Bürgerausschuß Schwellingen nahm am Dienstagabend in zeitweise etwas lebhafter Sitzung den Haushaltsplan für das Jahr 1930/31 mit 46 gegen 18 Stimmen an. Dagegen waren die Kommunisten und Nationalsozialisten. Auch die Anträge des Gemeinderates zum Voranschlag wurden mit wechselnden Mehrheiten angenommen. Der Haushaltsplan schließt in der Wirtschaftsbilanz in Einnahmen und Ausgaben mit 1.870.565 M ab, in der Vermögensrechnung mit 241.488 M. Die Gemeindefiskalsteuer wurden wie folgt festgesetzt: Umlage von Gebäuden und Grundbesitz 1,10 M, Betriebsvermögen 42 Pf., Gewerbesteuer 7,92 M. Zum Ausgleich des Haushaltsplans werden Uberschüsse aus der Wirtschaft mit 38.200 M, Entnahmen aus den Rücklagefonds des Gaswerkes mit 26.195 M, des Wasserwerkes mit 16.865 M und des Gebäudeerneuerungsfonds mit 7.000 M, außerdem ein Risikofonds mit 5.000 M herangezogen.

Mit großer Mehrheit nahm der Stadtrat Bühl den Voranschlag für das neue Rechnungsjahr mit 48 gegen 17 Stimmen an. Lediglich die Nationalsozialisten stimmten gegen den Voranschlag. Das Zentrum, der Gewerbebund, die Wirtschaftspartei, die Sozialdemokraten und der Evang. Volksdienst stimmten dafür.

Der Bürgerausschuß Rheinfelden nahm mit großer Mehrheit den Voranschlag für 1930/31 an, der in den Einnahmen mit 731.888 M und in den Ausgaben mit 1.124.024 M abschließt, so daß ein ungedeckter Aufwand von 392.636 M verbleibt. Die Einführung der Gemeinde-Bier- und der Bürgersteuer im einfachen Satz wurde ebenfalls angenommen.

Bürgermeisterwahlen. In Kort (b. Kehl) wurde mit 392 Stimmen der Gemeinderat und bisherige Stellvertreter Bürgermeister Pfister gewählt. Sein Gegenkandidat, der Nationalsozialist König, erhielt 301 Stimmen. 6 Stimmen waren ungueltig. Von 823 Stimmberechtigten stimmten 699 ab. — Auf die Ausschreibung für den Bürgermeisterposten der Stadt Eberbach sind insgesamt 71 Bewerbungsschreiben eingelaufen. Die Bewerber, unter denen sich kein Einheimischer befindet, rekrutieren sich aus den verschiedensten Berufen; in der Hauptsache handelt es sich um Bürgermeister, darunter auch ein Oberbürgermeister a. D. und um Staatsbeamte. Die Geschäftsfrage ist sehr unterschiedlich behandelt. Ein Bewerber mit dem Doktoritel will mit 150 M monatlich zufrieden sein. Der zum Oberbürgermeister von Ludwigsburg gewählte bisherige Bürgermeister Dr. Frank, Eberbach, wird seine bisherige Wirkungstätte Mitte Juli verlassen. Die Amtseinführung wird voraussichtlich am Montag, den 20. Juli vor sich gehen. — In Dienau (bei Buechen) wurde mit 12 Stimmen Mehrheit Gemeinderat und Landwirt Wilhelm Pfisterer gewählt; Gegenkandidat war Gemeinderat und Landwirt Ernst Hochlopf, der es auf 97 Stimmen brachte. — Das Ministerium des Innern hat den Diplom-Verwaltungs- und Sozialbeamten Hermann Dagen auf die Dauer von zwei Jahren als Bürgermeister für die Stadtgemeinde Labenburg eingesetzt. Dagen, der sich unter den Kandidaten zur Bürgermeistereiwahl befand und von der Zentrumsfraction in den beiden ersten Wahlgängen gewählt wurde, steht im 33. Lebensjahr und war längere Zeit bei der Stadt Karlsruhe angefaßt, während er in letzter Zeit in der Geschäftsstelle des Badischen Städtebundes tätig war. — Durch die Wahl des bisherigen Bürgermeisters Dr. Kiefer, zum Bürgermeister von Schopphelm, ist Badenweiler ohne Bürgermeister. Dr. Kiefer wird zwar den Voranschlag für 1931/32 noch fertigstellen, dann aber sobald als möglich sein Schopphelmer Amt übernehmen. Die Bürgermeistereiwahl in Badenweiler dürfte voraussichtlich im Herbst stattfinden.

Die Kreisversammlung in Mannheim trat am Dienstagnachmittag zu ihrer 66. ordentlichen Sitzung zusammen, um den Voranschlag zu beraten. Der bisherige Kreisvorsitzende, Verlagsdirektor Heinrich Link, begrüßte die erschienenen sämtlichen Kreisabgeordneten. 25 Anträge der Kommunisten wurden in fast fünfziger Beratung sämtlich abgelehnt und der Hauptvoranschlag gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen. Angenommen wurde lediglich ein Teilantrag, das Straßen- und Wasserbauamt in Heidelberg möge Projekte für Radfahrwege ausarbeiten.

Aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Bürgermeister Ballreich in Altkirchheim (Amt Mannheim), dessen durch die Gemeindepolitik entfallenden Gegenstände zur kommunistischen Parteileitung seit längerer Zeit bekannt waren, ist nunmehr aus der Partei ausgetreten, nachdem bereits ein Ausschlußverfahren gegen ihn im Gange war.

Der Erweiterungsbau des Billinger Krankenhauses wurde am Montag vor geladenen Gästen eröffnet. Dieser Bau enthält vor allem mehrere auf das Modernste eingerichtete Operationsräume, eine große Kantine, sowie Küche und Keller, ferner in einem der oberen Stockwerke eine künstlich ausgestaltete Kapelle. Das Billinger Krankenhaus kann nunmehr 130 Patienten aufnehmen.

Das neue Singener Krankenhaus. Der vor knapp drei Jahren errichtete neue Krankenhausbau in Singen a. S., der in Klinkern und Schiefer ausgeführt worden ist, erfordert jetzt schon große Reparaturen, da sich gezeigt hat, daß die Fassade wasserundurchlässig ist und der Bau auch andere Mängel aufweist, so daß ein Teil des Schieferdaches erneuert werden muß. Die Unkosten werden bis jetzt auf annähernd 20.000 RM geschätzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 36 enthält Verordnungen des Ministers des Innern über die Einstellung von Kraftfahrzeugen; des Ministers des Innern und des Justizministers zur Verlängerung der Pachtbuchordnung.

Bid. Heidelberg, 30. Juni. Die Universität veranstaltete gestern Abend eine Gedächtnisfeier aus Anlaß des 100. Todesjahres des Freiherrn vom Stein, bei der der Historiker der Universität, Prof. Dr. Willi Andreas die Gedenkrede hielt.

Bid. Heidelberg, 30. Juni. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat der unter Leitung des Musikdirektors Dr. Poppen stehende Akademische Gesangverein der Universität Heidelberg große Erfolge errungen.

Bid. Heidelberg, 1. Juli. Im Alter von 78 Jahren ist Landgerichtsrat Dr. Albert Gantner in Herrnals gestorben. 1888 übernahm er die Stelle des Oberbürgermeisters in Bruchsal. Zehn Jahre später, im Jahre 1898, trat er nach Abschluß der kommunalen Tätigkeit in den Justizdienst zurück und wurde 1899 Landgerichtsrat in Heidelberg. In dieser Stellung blieb er bis zum Jahre 1920. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in Herrnals.

DJ. Gaggenau, 30. Juni. Das neue Selbstanschlußamt ist nunmehr dem öffentlichen Betrieb übergeben worden. Der Verkehr wickelt sich reibungslos ab. Wie verlautet, soll in Kürze das hiesige Fernsprechnetz dem Fernamt Baden-Baden angeschlossen werden. Außerdem ist beabsichtigt, einen direkten Anschluß mit Rastatt und Forbach einzurichten. Endgültige Beschlüsse hierüber liegen jedoch im Augenblick noch nicht vor.

DJ. Bad Griesbach, 29. Juni. Die zur Erinnerung an den im Gebiet des Aniebis ermordeten Reichsfinanzministers Erberger auf Grund von Spenden errichteten Gedenktafel soll Ende August eingeweiht werden, und zwar am 10. Todestage.

DJ. Billingen, 1. Juli. Die Täter, welche in der Nacht zum 3. Juni die Eingangspforte zum Sportplatz der D.J.S. völlig demoliert und in der Wald verschleppt hatten, sind nunmehr von der Gendarmerie ermittelt und haben auch nach anfänglichem Leugnen gestanden. Es sind sieben Billinger junge Burfchen, welche fast alle der „kommunistischen Jugend“ angehören.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Die Festsetzung des Zuschlags zu den Brandversicherungsabgaben.
Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährenden Zuschlag zur gesetzlichen Brandversicherung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. Juli 1931 an erfolgt, eine Gesamtschuldung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich auf das 1,45fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft.

Karlsruhe, den 2. Juli 1931.
Der Minister des Innern:
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhegehungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern Befördert:
Polizeioberleutnant Clemens Binioffel in Laar zum Polizeihauptmann unter gleichzeitiger Versetzung zum Bezirksamt Konstanz; Polizeileutnant Erich Vogt in Freiburg zum Polizeioberleutnant.
Zur Ruhe gesetzt:
Polizeihauptwachmeister Michael Bekens in Heidelberg.



Badisches Landestheater

Freitag, den 3. Juli 1931
F 30 (Freitagmiete)

Galome

Drama von Richard Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha
Mittwirkende:
Haberhorn, Reich-Dörich,
Winter, Silgrath, Falke,
Gospach, Kalmbach, Kiefer,
Böser, Rentwig, Ritzsch,
Schöpflein, Strad, G. Orsinger,
Rilian, Nagel,
Schmitt, Schneitz
Anfang 20 Ende nach 21 1/2
Preise C (1-7 RM)

Sa. 4. Undine. So. 5. 7. Doris Godunow. Im Konzepts.: Keine Vorstellung.

Offenburg. N. 541

Güterrechtsregisteramt
Hd. I. C. 2: Arthur Köpfer,
Kaufmann in Offenburg
und Martha geb. Janßen.
Vertrag vom 28. Mai 1931.
Gütertrennung.
Offenburg, 24. Juni 1931.
Amtsgericht 3.

Wir werben für Sie!

Städt. Sparkasse Hockenheim

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
Kassenbestand	45.417,54	Forderungen der Einleger:	
Guthaben bei Girozentrale	60.242,30	1. Aufgemertete Sparanlagen:	
bei Postscheinkamt	2.244,64	Geschl. Ansprüche auf	
Wechsel	24.369,98	31. Dez. 1930	= 389.732,11 RM
Darlehen:		Bezahlt sind bis	
a) Aufw.-Forderungen:		31. Dez.	
1. gegen Hypothek	185.933,47 RM	1930	= 307.499,12 RM
2. an Gemeindefonds	195.334,47	Somit noch bestehend	
b) Neuanlagen:		auf 1. Januar 1931	82.232,09
1. gegen Hypothek	1.545.839,25 RM	2. Neue Sparanlagen	2.120.553,22
2. an Gemeindefonds	38.500,—	3. Kontoforrenteinlagen	101.294,97
3. auf Schuldchein	169.143,50 RM	Erfahrungsbilanz d. Aufw.-	101.946,05
Kontoforrentkredit	378.154,37	masse an das Neugeschäft	11.532,30
Einlage b. Spargiroverband	57.000,—	a) geschl. 166.614,17 RM	195.482,77
Einnahmerückstände	10.346,11	b) sonstige 28.868,60 RM	
(darunt. 9.343,48 RM Zinsen)		Reingewinn vom Jahre	21.752,91
Erfahrungsbilanz des Neugeschäfts a. b. Aufw.-Masse	101.946,05		
Verwaltungsgebäude	1,—		
Sonstige Grundstücke	6.265,—		
Gerätschaften	1,—		
	2.634.795,21		2.634.795,21

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2.221.843,19 RM Spar- und Kontoforrenteinlagen 177.747,85 RM
Diese Rücklage beträgt 166.614,17 RM
dazu Zuweisung aus dem 1930er Reingewinn, anteilig 11.133,68 RM
Ergibt wie erforderlich 177.747,85 RM
Hockenheim, den 9. Juni 1931.
N. 542

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Klein, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter:
Engelberth, Verwalter.
Drud G. Braun, Karlsruhe.

Oeffentl. Sparkasse Waldkirch i. Br.

Städt. Sparkasse (gegründet 1855)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
	RM		RM
1. Kassenbestand	26.152,72	1. Guthaben der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheinkamt	353.091,79	a) Sparanlagen	2.984.856,10
3. Wertpapiere: Kennwert 86.200,— RM		b) Kontoforrenteinlagen	259.253,45
Kaufschaffungswert 81.633,20 RM		2. Aufwertungspar-	
Kurswert	84.113,50	einlagen	1.158.663,73
4. Wechsel	104.396,52	3. Gesetzliche Sicherheitsrücklage	163.928,42
5. Darlehen auf Hypothek	1.537.876,—	4. Sonderrücklage für Aufwertung	10.000,—
6. Darlehen an Gemeinden und öffentl.-rechtl. Körperschaften	555.871,24	5. Rückstellung für Entwertung von Grundstücken	5.000,—
7. Grundstückskaufgelber	100,—	6. Zuweisung an die bürgerliche Gemeinde	5.000,—
8. Darlehen gegen Kaufpfand	9.960,—		
9. Darlehen auf Schuldchein gegen Bürgschaft	52.214,95		
10. Darlehen in laufender Rechnung	750.598,44		
11. Aufwertungspar-	733.538,55		
fordernngen	184.184,15		
12. Aufwertungsverrechnungskonto	72.970,87		
13. Einnahmerückstände	50.000,—		
14. Grundstücke u. Gebäude:			
a) Verwaltungsgebäude	50.000,—		
b) sonstige Gebäude	71.831,97		
15. Gerätschaften	1,—		
	4.586.701,70		4.586.701,70

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3.244.109,55 RM Einlagen 162.205,48 RM
Sie beträgt auf Jahresabschluss 163.928,42 RM
Somit mehr 1.722,97 RM
Waldkirch i. Br., den 8. Juni 1931.
N. 543

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Eberle, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter:
Straub, Verwalter.
Kötcher, Kontrolleur.